



Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

Grundlagenarbeit, Maximilianstraße 7, A-6020 Innsbruck
Tel: 0800/22 55 22-1155
grundlagenarbeit@ak-tirol.com, www.ak-tirol.com

BUNDESARBEITSKAMMER
Prinz-Eugen-Straße 20-22
1040 Wien

G.-Zl.: GLA-2023/28/HIPE/HIPE
Bei Antworten diese Geschäftszahl angeben.

MMag. Peter Hilpold

DW: 1154

Innsbruck, 17.02.2023

Betrifft: Green Deal Industrial Plan

Bezug: Ihr Schreiben vom 14.02.2023
Zust. Referent: Christian Berger

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol nimmt zum „Industrieplan zum Grünen Deal für das klimaneutrale Zeitalter“ der Europäischen Kommission wie folgt Stellung:

Mit dieser Mitteilung reagiert die Kommission auf die Investitionspläne anderer Länder, allen voran der USA mit dem kürzlich vorgestellten Inflation Reduction Act, um auch auf europäischer Ebene ein umfangreiches Investitionsprogramm zur Förderung der eigenen Industrie umzusetzen, Wirtschaftswachstum zu fördern und die Grüne Transformation voranzutreiben. Dies soll durch ein vereinfachtes Regelungsumfeld, schnellere Finanzierung, Förderung der Kompetenzen sowie Vorantreiben von Handelsabkommen geschehen. Dieses Vorhaben wird von Seiten der Arbeiterkammer Tirol grundsätzlich begrüßt.

Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen wird unter anderem die schon seit längerem angekündigte Reform der Gestaltung des Strommarktes angeführt, mit der die de-facto Kopplung des Strompreises am Gaspreis beendet werden soll. Diese Reform ist in höchstem Maße überfällig, da sowohl private Haushalte als auch große Teile der Wirtschaft massiv unter den immensen Preissteigerungen für Energie leiden. Geradezu grotesk ist die Situation auf dem Strommarkt, wo der Gaspreis aufgrund des Strommarktdesigns für einen hohen Strompreis und dadurch für Rekordgewinne für Stromproduzent:innen sorgt. Hier kann auch die auf europäischer Ebene verpflichtend eingeführte Übergewinnsteuer nur eine kleine Abmilderung des

nun herrschenden und sich immer weiter manifestierenden Ungleichgewichts zwischen wenigen profitierenden Stromproduzent:innen und an Stromrechnungen verzweifelnden Privatpersonen und Unternehmen leisten. Die AK Tirol fordert deshalb die Europäische Kommission dazu auf, an dieser Reform mit höchster Priorität zu arbeiten.

Bezüglich der Verbesserung der Infrastruktur sieht die vorliegende Mitteilung eine Stärkung der europäischen Wasserstoff-Grundstruktur vor. Dabei wird auch auf die Verhandlungen zur Richtlinie über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe verwiesen. In diesen beiden Kommissionsdokumenten wird einmal mehr große Hoffnung auf Wasserstoff gelegt, wobei es die Wasserstofflobby gerade auch auf europäischer Ebene erfolgreich geschafft hat, Wasserstoff als Hoffnungsträger sämtlicher Probleme im Bereich Industrie, Verkehr und Energie zu etablieren. Da jedoch das Potential für die Erzeugung von Wasserstoff ohne Einsatz von fossilen oder nuklearen Energieträgern limitiert und die Wirkungsgradverluste bei deren Produktion weiterhin erheblich sind, braucht es einen behutsamen Einsatz von Wasserstoff in jenen Bereichen, wo der Einsatz von Strom oder anderen Energieformen nicht möglich sind. Dies ist allen voran in der Industrie oder beim Flugverkehr der Fall. Ein Einsatz von Wasserstoff bei Autos oder zur Erzeugung von Raumwärme ist in Anbetracht der dort vorfindlichen Alternativen eine reine Verschwendung dieses wertvollen Energieträgers.

In der Strategie wird auch die Verkürzung von Genehmigungsverfahren durch Einführung einer einzigen Anlaufstelle während eines Verwaltungsverfahrens angeführt. Dieses Vorhaben ist positiv zu bewerten, jedoch muss jedenfalls sichergestellt werden, dass es zu keinen Einschränkungen bei Parteistellung und Stellungnahmemöglichkeiten von Interessenvertretungen und dass es zu keiner Aufweichung der Umweltbestimmungen kommt.

Bezüglich der Finanzierung plant die Europäische Kommission, mittelfristig einen Europäischen Souveränitätsfonds einzurichten. Dieser soll im Rahmen der Mid-Term Review des Mehrjährigen Finanzrahmens eingerichtet werden und dazu dienen, kritische und neue Technologien in Bereichen wie Mikroelektronik, künstlicher Intelligenz und klimafreundlichen Technologien zu fördern. Grundsätzlich handelt es sich aus Sicht der Arbeiterkammer Tirol um wichtige Bereiche, allerdings bestehen bereits unterschiedliche Fördertöpfe auch auf EU-Ebene, zu dem auch die im Rahmen der Pandemie eingeführten Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF) mit einem Volumen von 750 Mrd. Euro zählt. Diese Mittel sollten zuerst vollumfänglich genutzt werden, ehe ein neues Förderprogramm aufgestellt wird. Außerdem ist festzuhalten, dass viele geplante Projekte in der Europäischen Union nicht an den finanziellen Mitteln scheitern, sondern an fehlendem Personal bzw. Anbieter:innen, unterbrochenen Lieferketten oder aufwendigen Verwaltungsabläufen.

Abschließend sieht der vorliegende Plan vor, auf globaler Ebene die Zusammenarbeit zur Förderung einer sauberen Wirtschaft zu fördern. Dabei sollen auch Freihandelsabkommen ausgebaut werden. Konkret werden Australien, Indien,

Indonesien Chile, Mexiko und Neuseeland genannt. Bei allen bisherigen Handelsabkommen ist zu kritisieren, dass jeweils kurzfristige Wirtschaftsinteressen im Zentrum standen zu Lasten von Sozial- sowie Umweltstandards. Doch ohne Einhaltung von grundlegenden Sozialstandards, beispielsweise in Form der zehn ILO-Kernarbeitsnormen, sowie der Einhaltung von Umweltauflagen widersprechen Handelsabkommen den Zielsetzungen des Grünen Deals und eines gerechten Übergangs. Vor allem braucht es innerhalb der Handelsabkommen wirksame Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen sozial- und umweltrechtliche Mindeststandards bzw. der Nachhaltigkeitskapitel.

Wir ersuchen Sie, die Kommentare und Vorschläge der Arbeiterkammer Tirol in der Stellungnahme der Bundesarbeitskammer zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:



Erwin Zangerl

Der Direktor:



Mag. Gerhard Pirchner